

Es wird keine Strukturbrüche geben

Volker Bruns, Vorsitzender des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG), zu den Auswirkungen der gegenwärtigen Krise auf dem Milchmarkt, der Notwendigkeit eines verschärften Bodenrechts und seinen Erwartungen an die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe

Wie ernst ist die Lage der Milcherzeuger?

Bruns: Die Situation der Milchviehbetriebe ist dramatisch. Am besten beurteilen kann ich die Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern. Dort gibt es gegenwärtig keinen Betrieb, der in der Milchviehhaltung schwarze Zahlen schreibt. Eine beträchtliche Zahl von Betrieben unterschiedlicher Rechtsformen hat die Milchproduktion eingestellt. Weitere werden folgen. Dabei spielt auch die Nachfolgefrage sehr oft eine mitentscheidende Rolle.

Haben Sie Zahlen?

Bruns: Offizielle aktuelle Zahlen gibt es nicht, in 2016 werden erst im Juni neue statistische Zahlen erfasst. Nach Ermittlungen der Verbände in Mecklenburg-Vorpommern ist dort von einer Zahl von rund 70 Betrieben in den letzten 12 Monaten auszugehen, die aus der Milchproduktion ausgestiegen sind.

Wen trifft es am härtesten?

Bruns: Besonders betroffen sind spezialisierte Milchviehbetriebe ohne andere Betriebszweige oder zusätzliche Einkommensquellen. Darunter sind viele Familienbetriebe, die nach der Wende die Produktion aufgenommen haben.

Droht der befürchtete „Strukturbruch“?

Bruns: Nein. Es wird nach meiner Einschätzung auch bei einem Andauern der Preismisere keinen flächendeckenden Ausstieg aus der Milchproduktion geben. Auch in Zukunft werden gut geführte Betriebe wirtschaftlich Milch produzieren. Die Betriebe müssen und werden alle Möglichkeiten nutzen, die Talfahrt zu überstehen. Gerade Familienbetriebe haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie dazu in der Lage sind. Staatliche Hilfen spielen dabei allerdings eine wichtige Rolle.

Welche Erwartungen haben die Erzeuger nach Ihrer Einschätzung an die Gestaltung des Milchmarkts?

Bruns: Nach meinem Eindruck glaubt die überwiegende Mehrzahl der Landwirte nicht, dass die Politik die Probleme auf dem Milchmarkt lösen kann. Insbesondere die Wirksamkeit einer wie auch immer gestalteten staatlichen Mengenregulierung wird von den meisten bezweifelt. Zu Recht, wie ich finde.

Welche Möglichkeiten haben die Landgesellschaften zur Unterstützung?

Bruns: Wir leisten einen Beitrag, den Betrieben ausreichend Liquidität zu erhalten. Insbesondere der Flächenankauf bei gleichzeitiger Gewährung der Möglichkeit, die Flächen zu pachten und später zu festen Bedingungen zurückzukaufen, schafft Liquidität und sichert dauerhaft die Bewirtschaftungsfläche. Weiterhin zählt dazu auch die Stundung von Pachtzahlungen.

Wie schlägt sich die Misere auf Ihr Geschäft nieder?

Bruns: Die Milchkrise hat Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit. Zwar verzeichnen die Landgesellschaften für 2015 eine Zunahme bei den Anträgen auf Investitionsförderung im Milchbereich. Wir stellen jedoch fest, dass die Vorhaben zeitlich geschoben werden.

Und 2016?

Bruns: Für dieses Jahr rechne ich mit einem deutlichen Rückgang bei den Förderanträgen für Investitionen in Milchviehanlagen. Neben der Situation auf dem Milchmarkt tragen dazu allerdings auch die erhöhten Anforderungen in den Förderbedingungen einiger Länder bei.

Die Talfahrt betrifft nicht nur die Milch, sondern auch andere Agrarmärkte. Wie wirkt sich das auf den Bodenmarkt aus, der ebenso wie die Investitionsbetreuung zum Kerngeschäft der Landgesellschaften zählt?

Bruns: Ich gehe davon aus, dass sich der in den letzten Jahren zu beobachtende Anstieg der Bodenpreise abschwächen wird. Insbesondere auf dem Pachtmarkt wird es eine deutliche Entspannung geben. Ich erwarte, dass die Preise bei den Neuverpachtungen in diesem Herbst, regional unterschiedlich, stagnieren oder unter dem Niveau der letzten Jahre liegen werden. Zur Beruhigung des Pachtmarkts trägt auch bei, dass derzeit praktisch keine neuen Biogasanlagen mehr errichtet werden.

Wird die Landwirtschaft für Investoren uninteressant?

Bruns: Das glaube ich nicht. Vielmehr rechne ich damit, dass die Nachfrage von außerlandwirtschaftlichen Investoren hoch bleibt, und zwar unabhängig

von den aktuellen Rahmenbedingungen. Landwirtschaftliche Flächen bleiben nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Zinsentwicklung eine lohnende und sichere Wertanlage.

Das heißt, Sie sehen weiter Handlungsbedarf auf dem Bodenmarkt?

Bruns: Ja. Die Notwendigkeit einer Nachjustierung beim Grundstückverkehrsgesetz besteht unverändert weiter. Die Politik ist am Zug.

Mit welchem Ziel?

Bruns: Ziel einer gesetzlichen Neuregelung muss es sein, die Herausbildung von marktbeherrschenden Stellungen auf den landwirtschaftlichen Bodenmärkten zu unterbinden. Welche Kriterien dafür gefunden werden, muss politisch diskutiert werden. Eine lang andauernde Leitbild Diskussion ist dafür nicht erforderlich. Es geht unter dem Strich darum, Gefahren für die Agrarstruktur abzuwehren.

Eine Studie des Thünen-Instituts belegt, dass ein Teil der Transaktionen auf dem Bodenmarkt über den Erwerb von Anteilen an landwirtschaftlichen Unternehmen läuft. Was ist zu tun?

Bruns: Die Kontrolle des Anteilserwerbs muss in eine Regulierung des Bodenmarkts einbezogen werden. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung, wenn man einer übermäßigen Konzentration entgegenwirken will.

Wie schätzen Sie den politischen Willen auf Seiten der Länder ein?

Bruns: Nach meinen Informationen werden die Länder an diesem Thema festhalten und eigene Vorstellungen entwickeln. Dies gilt aller Voraussicht nach auch für Sachsen-Anhalt, auch wenn mit Dr. Hermann Onko Aeikens, Landwirtschaftsminister a. D., der Vorkämpfer für ein wirksames Bodenrecht nicht mehr im Amt ist. Die Länder tun gut daran, nicht zuletzt weil es auch in der Rechtsprechung eindeutige Hinweise auf den Handlungsbedarf im landwirtschaftlichen Bodenrecht gibt. Die Länder sollten daher selbst agieren, bevor sie zum Handeln gezwungen werden.

Widerstand kam zuletzt aus den Verbänden. Das schränkt die Erfolgsaussichten arg ein ...

Bruns: Das ist wohl so. Daher kann ich nur dringend empfehlen, den landwirtschaftlichen Berufsstand in die Diskussion einzubinden und mit ihm gemeinsam nach praktikablen Lösungen zu suchen. Umgekehrt sind die Bauernverbände aber gut beraten, sich der Diskussion nicht zu verschließen.

Volker Bruns ist seit Dezember 2015 Vorsitzender des Vorstandes des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften (BLG). Er hat die Nachfolge von Dr. Willy Boß angetreten, der seit 2002 an der Spitze des BLG-Vorstands gestanden hatte. Der aus Ostfriesland stammende Bruns ist seit 1992 für die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern tätig. Zuvor hatte der Diplomagraringenieur mehrere Jahre in der Agrarberatung gearbeitet. Bei der Landgesellschaft war Bruns bis 2005 als Abteilungsleiter für den Grundstücksverkehr zuständig. Seither ist er neben Dr. Thomas Pitschmann einer der beiden Geschäftsführer des norddeutschen Siedlungsunternehmens. Seit 2007 führt Bruns auch die Geschäfte der LGE Mecklenburg Vorpommern GmbH. Das Tochterunternehmen der Landgesellschaft ist in der Baulandentwicklung und Stadtsanierung tätig.



Foto: LGMV

Der BLG hat sich sehr kritisch zum vorliegenden Regierungsentwurf für eine Änderung des GAK-Gesetzes geäußert. Warum diese pauschale Ablehnung?

Bruns: Weil der Entwurf weit hinter den Erwartungen zurückbleibt. Die große Koalition hätte die Chance gehabt, die ländliche Entwicklungspolitik auf eine neue Grundlage zu stellen. Diese Chance hat sie entgegen ihrer eigenen Absichtserklärungen nicht genutzt. Wir hatten uns deutlich mehr erhofft.

Welche Nachbesserungen sollte es aus Ihrer Sicht geben?

Bruns: Zum einen muss die vorgesehene Gebietskulisse für die neue Infrastrukturförderung gestrichen werden. Es muss gewährleistet werden, dass die GAK-Förderung eins zu eins mit der ELER-Förderung korrespondiert. Zum andern müssen die erweiterten Möglichkeiten zur Investitionsförderung so gestaltet werden, dass sie zur Wirtschaftsförderung passen und keine Investitionslücken entstehen. Ziel muss es sein, die Förderung von Investitionen in der GAK zu verankern, die der Schaffung von Wertschöpfung im ländlichen Raum dienen. Ob dies mit dem vorliegenden Ansatz gelingen kann, bleibt aber sehr zweifelhaft. ■ Rainer Münch